STAAT NEW HAMPSHIRE

Im Jahre unseres Herrn zweitausendzweiundzwanzig

Entscheid HB 1644-FN - 2022 SESSION 22-26

Verabschiedet vom Senat und Repräsentantenhaus in der Sitzung des Gerichts 22-26

1 Legislative Feststellungen und Zweck.

I. Die Kommission von New Hampshire zur Untersuchung der Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen der sich entwickelnden 5G-Technologie kam am 1. November 2020 nach der Überprüfung von Tausenden von Peer-Review-Studien und monatelangen Anhörungen von Expertenaussagen zu dem Schluss, dass ein erhebliches Risiko für die öffentliche Gesundheit besteht, das mit den kumulativen Auswirkungen der Hochfrequenzstrahlung verbunden ist, die mit der zunehmenden Verbreitung von Mobilfunksendern jeden Tag zunimmt.

II. Die Federal Communication Commission hat in den letzten drei Jahrzehnten einen Sicherheitsgrenzwert für die spezifische Absorptionsrate festgelegt, um die Risiken im Zusammenhang mit drahtlosen Emissionen einzuschätzen, die bioaktiv sind und gesundheitliche Auswirkungen haben können. Es gibt eindeutige Beweise für biologische Auswirkungen von Hochfrequenz-Strahlenbelastung, wie sie von drahtlosen Geräten und Infrastrukturemissionen ausgeht. Die Weltgesundheits-Organisation, International Agency for Research on Cancer, stufte drahtlose Emissionen 2011 nach einer Überprüfung der weltweiten wissenschaftlichen Resultate als krebserregend der Klasse 2B (Karzinogen) ein.

Im Jahr 2018 hat das Nationale Institut der Vereinigten Staaten für Gesundheit mit dem National Toxicology Program (NTP)die größte Studie ihrer Art abgeschlossen, die sich mit der Frage befasst, ob Handystrahlung bei niedriger Intensität und nicht-thermischer Belastung gesundheitsschädliche Wirkungen hervorrufen kann, die besonders wichtig sind, weil die derzeitigen Sicherheitsrichtlinien des Bundes nur vor thermischer Expositionen schützen. Diese Studie ergab eindeutige Hinweise auf Karzinogenität und DNA-Schäden bei Tieren durch nicht-thermische Exposition, bei Langzeitexposition. Die getestete Art der Handystrahlung war typisch für 2G- und 3G-Mobiltelefone; 3G ist derzeit noch immer in Gebrauch.

III. Am 13. August 2021 entschied der United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit in einem Fall Klage des Environmental Health Trust und von Children's Health Defense, dass die Entscheidung der Federal Communication Commission 2019, dass ihre Sicherheitsrichtlinien zum Schutz der Öffentlichkeit für Hochfrequenzemissionen -die auf das Jahr 1996 zurückgehen - angemessen seien, willkürlich war, da sie nicht auf die vorgebrachte Evidenz einging und somit einen Verstoß gegen das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren darstellte.

Das Gericht befand insbesondere:

"Dieses Versäumnis untergräbt die Schlussfolgerungen der Kommission hinsichtlich der Angemessenheit ihrer Testverfahren, insbesondere in Bezug auf Kinder, und ihre Schlussfolgerungen hinsichtlich der Auswirkungen einer langfristigen Exposition gegenüber [Hochfrequenz-]Strahlung, Exposition gegenüber [Hochfrequenz-]Pulsation oder Modulation und die Auswirkungen der technologischen Entwicklungen, die seit 1996 stattgefunden haben, die alle von der Prämisse abhängen, dass die Exposition gegenüber [Hochfrequenz] bei Werten unterhalb der derzeitigen Grenzwerte keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Daher stufen wir auch diese

Schlussfolgerungen als willkürlich ein. Schließlich halten wir die Anordnung der Kommission für willkürlich da sie es völlig versäumt hat, auf Kommentare zu Umweltschäden durch [Hochfrequenz-] Strahlung zu reagieren.

IV. Die Rechtsgeschichte von New Hampshire ist ähnlich wie die anderer Bundesstaaten, denn es steht außer Frage, dass die lokalen und staatlichen Regierungen von New Hampshire für den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Einwohner verantwortlich sind, insbesondere im Fall unserer am meisten gefährdeten Kinder und in Bezug auf Schulen und insbesondere im Fall der älteren Menschen und der Krankenhäuser und Pflegeheime. Die Beispiele von New Hampshire, die Maßnahmen um die Gesundheit und Sicherheit seiner Einwohner zu schützen, sind zu zahlreich, um sie hier aufzulisten.

V. In Anbetracht all dieser Fakten kommen wir zu dem Schluss, dass die Strahlungsemissionen der drahtlosen Technologie bioaktiv sind und derzeit schlecht gehandhabt werden; daher sollten wir sie in Zukunft sorgfältiger handhaben und die Emissionen auf ein vernünftigerweise erreichbares Niveau senken. Auf der Grundlage der Arbeit der Kommission glauben wir nicht, dass die gegenwärtigen Sicherheitsgrenzwerte der FCC für die Hochfrequenzexposition angemessen sind, um die öffentliche Gesundheit zu schützen, insbesondere wenn es sich um die Exposition von Kindern, Langzeitexpositionen und die Berücksichtigung von Pulsation und Modulation handelt.

VI. Leider haben die Federal Communication Commission und die Food and Drug Administration kein angemessenes Risikomanagement betrieben, wenn es um den Umgang mit drahtlosen Emissionen geht, wie es auch für andere Stoffe gilt, die die Öffentlichkeit möglichen Schäden aussetzen, wie Medikamente, medizinische Verfahren und Lebensmittel. Infolgedessen sind die Einwohner von New Hampshire angesichts der weit verbreiteten Einführung von drahtloser Geräte und Infrastruktur unangemessen hohen Risiken ausgesetzt.

Mit diesem Gesetzentwurf sollen erste grundlegende Schritte unternommen werden, um das Vertrauen der Einwohner von New Hampshire zurückgewinnen, dass ihre Sicherheit im Falle einer Exposition durch drahtlose adäquat behandelt und geschützt wird.

VII. Um es klar zu sagen: Die Kommission bevorzugt Technologien, die eine hohe Datenrate, Kapazität, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Datenschutz und Sicherheit bieten, und bei der Prüfung von Plänen, der Nutzung und dem Einsatz für neue staatliche oder bundesstaatliche Breitbandfonds sind wir dafür, dass New Hampshire über die bestmögliche Technologie zur Bereitstellung von Breitband für seine Bürger verfügt.

VIII. In New Hampshire sind wir nicht bereit, die Gesundheit und Sicherheit unserer Arbeitnehmer, Familien, Kindern und älteren Menschen aufs Spiel zu setzen. Da die Gesundheit und Sicherheit der Einwohner von New Hampshire von grösster Bedeutung sind, wird in diesem Gesetzentwurf ein gemeinsamer Abstand festgelegt, den alle neuen Mobilfunksender, ob groß oder klein einen Abstand von 1.640 Fuss (500m) zu Wohngebieten, Parks, Spielplätzen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen Orten einhalten müssen, an denen Menschen leben, sowie zu Spielplätzen, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kindertagesstätten und Schulen. Angesichts der zahlreichen wissenschaftlichen Beweise, die die negativen biologischen Auswirkungen drahtloser Emissionen dokumentieren, und in Anbetracht der großen Bandbreite der biologischen Empfindlichkeiten innerhalb einer Bevölkerung wird dieser vorgeschriebene Abstand das Risiko biologischer Wirkungen und damit die Wahrscheinlichkeit gesundheitlicher Auswirkungen innerhalb dieses Abstands von 1.640 Fuß erheblich verringern.

IX. Die öffentliche Gesundheit und Sicherheit liegt in erster Linie in der Verantwortung der lokalen und staatlichen Behörden.

2 Neuer Absatz:

Platzierung von Telekommunikationsantennen. Änderung von RSA 374:34-a nach Absatz VIII durch den folgenden neuen Absatz:

IX. Telekommunikationsantennen auf einer bestehenden Struktur, einem bestehenden Mast, einem neuen Mast oder einem Turm, die nach Inkrafttreten dieses Absatzes errichtet werden, müssen mindestens 1.640 Fuss (500m) von Wohngebieten Wohngebieten, Parks, Spielplätzen, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kindertagesstätten und Schulen entfernt sein.

3 Neuer Absatz:

Strahlenbelastungs-Register. Änderung von RSA 126-A durch Einfügung des folgenden neuen Unterabschnitts nach Abschnitt 97:

Register für Strahlenexposition

I. Das Ministerium für Gesundheit und menschliche Dienste richtet ein Online-Register ein, in dem Einwohner, die biologische Symptome aufgrund einer drahtlosen Strahlenbelastung aufweisen, ihre relevanten Informationen auflisten können, einschließlich:

(a) Name, Adresse, E-Mail, Telefonnummer des Einwohners;

(b) Adresse und Standort des betreffenden Funksenders;

(c) den Typ des fraglichen Mobilfunksenders oder einer anderen drahtlosen Strahlungsquelle, falls bekannt;

(d) Wann die Symptome begannen;

(e) Die Bandbreite der aufgetretenen biologischen Symptome;

(f) Häufigkeit und Schweregrad der biologischen Symptome; und

(g) ob sich diese Symptome mit der Nähe zum Sender und der Dauer der Exposition verändern

II. Das Register und alle relevanten Informationen werden vollständig und für die Öffentlichkeit leicht zugänglich auf der Website des Ministeriums veröffentlicht, wobei ein Link zum Register auf der Startseite der Website leicht zugänglich sein soll.

Die veröffentlichten Informationen dürfen nicht den Namen, die Adresse, die E-Mail-Adresse oder die Telefonnummer der meldenden Person enthalten. Die Behörde weist die Öffentlichkeit deutlich sichtbar darauf hin, wie ihre Informationen verwendet werden sollen.

III. Das Ministerium legt in Absprache mit dem Energieministerium Gebühren fest, um die Kosten zu decken für Einrichtung, Pflege und Werbung für das in diesem Abschnitt eingerichtete Online-Register die von den Betreibern von drahtlosen Antennen im Bundesstaat getragen werden.

4 Datum des Inkrafttretens:

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

I Ein Gesetz über die Aufstellung von Telekommunikationsantennen und die Einrichtung eines Registers für Einwohner die biologische Symptome aufgrund von drahtloser Strahlenbelastung aufweisen.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN auf [X] Bundesstaat [ ] Landkreis [ ] Gemeinde [ ] Keine

FISCAL IMPACT: **[X] State** **[ ] County** **[ ] Local** **[ ] None**

STATE:	Estimated Increase / (Decrease)			
	FY 2022	FY 2023	FY 2024	FY 2025
Appropriation	$0	$0	$0	$0
Revenue	$0	Indeterminable Increase	Indeterminable Increase	Indeterminable Increase
Expenditures	$0	Indeterminable Increase	Indeterminable Increase	Indeterminable Increase
Funding Source:	[ ] General [ ] Education [ ] Highway [X] Other - Fee Revenue from operators			

Geschätzte Erhöhung / (Verminderung)

Hinweis des Übersehtzers: Die Tabelle ist ohne Beträge

Vorgehen

Dieser Gesetzentwurf schreibt vor, dass Telekommunikationsantennen in einem Mindestabstand von 1.640 Fuss (500m) zu Wohngebieten, Parks, Spielplätzen, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kindertagesstätten und Schulen aufgestellt werden. Dieser Gesetzentwurf gilt der Einführung eines Register für alle Personen, die Symptome einer Strahlenbelastung aufweisen.

Das Ministerium für Gesundheit und Soziales gibt an, dass es in Absprache mit dem Energieministerium Gebühren zur Finanzierung der Kosten für die Einrichtung, Aufrechterhaltung und Bekanntmachung des Registers festlegen. Die Betreiber der drahtlosen Antennen würden die Gebühren zahlen. Es ist nicht bekannt, ob das Ministerium ein Produkt "von der Stange" kaufen kann oder ob das Projekt eine Sonderanfertigung erfordern würde. Die Kosten im Zusammenhang mit Kauf eines Datenbanksystems, der Softwarelizenzierung und der Umsetzung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen werden auf 500.000 $ geschätzt. Hinzu kämen die Kosten für die Ausarbeitung eines Lieferantenvertrags, eines Datensystems, für die Ressourcen der Abteilung für Informationstechnologie und die eigenen Ressourcen der Abteilung für Geschäfts- und die Analyse des Datensystems. Diese Kosten werden auf 250.000 $ geschätzt. Das Ministerium schätzt die Gesamtkosten für die Erstellung und Implementierung des neuen Datensystems auf 750.000 $ und für den Betrieb 50.000 $ pro Jahr. Darüber hinaus geht das Ministerium davon aus, dass es zwei neue Mitarbeiter benötigt: einen Datenbank-Administrator, (LG28, Stufe 5) und einen Data Processing Supervisor III (LG28, Stufe 5). Die geschätzten Kosten für diese Stellen, einschließlich der Sozialleistungen und der damit verbundenen Betriebskosten, belaufen sich auf 124.000 $ im Jahr 2023, 226.000 $ im Jahr 2024 und 232.000 $ im Jahr 2025.

Das Energieministerium weist darauf hin, dass es neue Regeln für die Anbringung von Masten und Strukturen im Besitz öffentlicher Versorgungsunternehmen geben muss. Die Kosten für diese Regelung wären vernachlässigbar. Das Ministerium verfügt über kein Fachwissen bezüglich der Entwicklung oder der Kosten für die Implementierung eines Online-Registers und das Ministerium verfügt nicht über die Mittel, um solches Fachwissen einzustellen.

22-2632 Neufassung 20.12.21

New Hampshire-2022-HB1644-Introduced

Quelle : https://ehtrust.org/new-hampshire-legislature-votes-to-study-cell-tower-setback-bill/